

Vermögensbezogene Steuern: „Sozial gerechte Steuerreform“ oder „Klassenkampf“ und „Enteignung“?

Manfred Eder

Die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten im OECD-Raum und auch in Österreich stark zugenommen. Die Steuerpolitik hat mit einer Entlastung der Gewinneinkommen und der Vermögen diesen Trend verstärkt. Österreich hat im Vergleich der OECD-Länder eines der niedrigsten Aufkommen aus vermögensbezogenen Steuern. Aber auch die Gewinnsteuern liegen deutlich unter dem durchschnittlichen Niveau dieser Länder. Gegen die Wiedereinführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer und einer allgemeinen Vermögenssteuer für „Millionäre“ gibt es vor allem seitens der Arbeitgeberverbände heftigen Widerstand. Der Präsident der Industriellenvereinigung, Veit Sorger, hat die AK-Forderungen nach vermögensbezogenen Steuern für „Reiche“ als „kalte Enteignung“ und „anachronistischen Klassenkampf“ bezeichnet. Dies, obwohl auch unter erzkonservativen Regierungen in den USA und dem UK der Anteil des Aufkommens aus Vermögenssteuern am BIP das Fünf- bis Siebenfache des österreichischen Wertes betragen hat und noch immer beträgt. Das private Gesamtvermögen in Österreich lag bei 1.300 Milliarden Euro. Davon entfielen je nach Berechnung 440 Mrd. bzw. 470 Mrd. Euro auf Geldvermögen. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt vom Gesamtvermögen mehr als die „unteren“ 90 % der Bevölkerung. Die Wiedereinführung einer wirksamen Erbschafts- und Vermögenssteuer bleibt daher eine zentrale Forderung für AK und Gewerkschaften für eine sozial gerechte Steuerreform.

Österreich läuft Gefahr, zu einem „safe haven“ für Steuerhinterziehung, Wirtschaftskriminalität und Korruption zu werden. Dazu Stimmen von Experten: „Die Finanzbehörden werden zu Tode gespart“, der Personalstand der Finanzbehörden soll bis 2016 um 761 Planstellen reduziert werden, „wer Sparen mit Streichen verwechselt, speckt nicht ab, sondern hungert die Republik aus“, „der Staat verschenkt Milliarden“, Österreich auf dem Weg zu einem „Schlaraffenland für Steuerhinterzieher“?, es besteht „ein Staatsnotstand bei der Korruptionsbekämpfung“. Man gewinnt den Eindruck, dass kein großes Interesse an schlagkräftigen Steuerbehörden besteht.